

SoVD LV Schleswig-Holstein e.V.: Muhliusstr. 87 · 24103 Kiel

**Landeshaus Schleswig-Holstein  
Innenausschuss  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel**

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 19/1907

**Abteilung Sozialpolitik**

Tel. (0431) 98388-0

Fax (0431) 98388-72

**Ansprechpartner: Herr Schultz**

Durchwahl (0431) 98388-70

E-Mail: [sozialpolitik@sovd-sh.de](mailto:sozialpolitik@sovd-sh.de)

16.01.2019  
CS

**Schriftliche Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags zum Antrag „Bürgerfreundliche und verständliche Sprache in der Verwaltung fördern“**

***Stellungnahme des SoVD Schleswig-Holstein***

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 10.12.2018 mit der Einladung, eine Stellungnahme in oben genannter Angelegenheit abzugeben.

Der SoVD Schleswig-Holstein vertritt die Interessen von mehr als 150.000 Menschen im Land. Unser Kerngeschäft ist die sozialrechtliche Beratung und Vertretung der Menschen. Diese gibt uns einen sehr guten Eindruck, mit welchen Problemen sich Bürgerinnen und Bürger konfrontiert sehen, wenn amtliche Bescheide ins Haus flattern.

**Unsere Vorschläge**

Vor diesem Hintergrund sind wir als Sozialverband ein starker Befürworter einer möglichst einfachen Verwaltungssprache – sowohl mündlich als insbesondere auch im Schriftverkehr.

In unserer Sozialberatung ist es leider Alltag, dass Mitglieder die Bescheide von Renten-, Kranken- oder Arbeitslosenversicherung allein nicht verstehen. Einen großen Teil der Beratungszeit verwenden unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf das Erklären von Bescheiden der Sozialverwaltung.

Das muss nicht sein.

Bereits im Jahr 2015 haben wir mit der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten zu einer Veranstaltung eingeladen, um Behördenvertreter für dieses wichtige Thema zu sensibilisieren. Im Rahmen dieses Events wurde unter anderem das gute Beispiel der Verwaltung im Landkreis Soest präsentiert. Die dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben durch vergleichsweise einfache Maßnahmen dafür gesorgt, dass die Verwaltungsbriefe der Behörde deutlich einfacher zu verstehen sind.

Selbstverständlich ist auch uns bewusst, dass behördliche Bescheide nicht komplett ohne juristische Fachbegriffe und die Angabe von Paragraphen auskommen.

Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewöhnen sich in der Verwaltung jedoch einen Schreibstil an, der vor allem für Menschen schwer verständlich ist, die nicht regelmäßig mit offizieller Post zu tun haben. Diese „Behörden-Schreibe“ zeichnet sich unter anderem durch unnötig lange Sätze mit wenig Verben aus. Auch die Substantivierung dieser Sprache bremst den Lesefluss unnötig aus – und führt bei vielen Menschen zu Frust.

Es geht also nicht um „leichte Sprache“, also die Übersetzung von Texten für Menschen mit Lernbehinderung.

Verständliche Sprache richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger und sollte sich am Formulierungsstil des Journalismus orientieren. Denn dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lernen ab dem ersten Tag, worauf es wirklich ankommt: Dass die Leserinnen und Leser alle Texte und Inhalte auch verstehen. Diesen Anspruch müsste eigentlich auch jede Behörde besitzen.

## **Fazit**

Insofern unterstützen wir den Antrag der SPD-Landtagsfraktion. Die Landesregierung hat die Möglichkeit, ihre eigenen Nachwuchskräfte gezielt zu einer verständlicheren Sprache auszubilden. Landkreise und kreisfreie Städte sollten dem gleichen Ziel verpflichtet sein.

Damit die schriftliche Korrespondenz von Sozialbehörden leichter verstanden werden kann, sollte sich die schleswig-holsteinische Landesregierung das Thema bundesweit zu eigen machen.

Bei Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



i.a. Christian Schultz  
Abteilung Sozialpolitik

---